

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger und Zeitung.

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Humoristischen Wochenblatt“ und „Für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen 1.26.

Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz.

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gepaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf. Lokalpreis 10 Pf. Restsame 25 s. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz,

umfassend die Ortshafte: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Volkung, Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Zhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh.: J. W. Mohr.)

Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Verantwortlicher Redakteur J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nr. 137.

Donnerstag, den 14. November 1907.

59. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß der von der königlichen Amtshauptmannschaft Kamenz veröffentlichte Arbeitsnachweis von jetzt ab auch in der Eingangshalle des Rathhauses an einer Tafel zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Zur Erleichterung der Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises werden auch Angebote an hiesiger Ratsstelle zur Weitergabe an die königliche Amtshauptmannschaft Kamenz angenommen.

Pulsnitz, am 12. November 1907.

Der Stadtrat.

Dr. Michael, Bürgermeister.

Das Wichtigste vom Tage.

Gestern besuchte der Kaiser London. Der Monarch wird in den nächsten Wochen nicht auf der Insel Wight wohnen, sondern auf einem Schlosse in Hampshire.

Gestern gab die City von London dem Kaiser ein großes Bankett in Guildhall.

Der Kaiser sprach in seiner Rede an den Lordmayor von London die Hoffnung aus, daß ihn die Geschichte einmal als Erhalter des Friedens anerkennen werde.

Staatssekretär Dernburg wird über seine ostafrikanischen Eindrücke öffentliche Vorträge halten.

Das Berliner Landgericht wies die Beschwerde Harden gegen den amtsgerichtlichen Beschluß, durch den die Privatflagge des Grafen Moltke gegen Harden eingestellt worden war, als unbegründet zurück; das freisprechende Urteil gegen Harden ist damit endgültig aufgehoben.

Landgerichtsdirektor Hettner gab gestern im Landtag eine Erklärung ab, nach der er mit seinen Angriffen gegen die Presse am Montag keine verletzende Absicht verbunden habe.

Bei der gestrigen Landtagswahl für den verstorbenen Abgeordneten Kluge (kons.) im 14. ländlichen Wahlkreis wurde Pastor Starke-Dorfchemnitz (kons.) mit 39 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Lehrer Süß-Heidelberg bei Sanda (kons.) erhielt 31 Stimmen.

Der Funkentelegraphenverkehr zwischen dem Giffelturme in Paris und Schiffen im offenen Mittel-ländischen Meere ist hergestellt.

Der amerikanische Kriegsminister fordert 25 Millionen Dollars für Befestigungen, von denen 7 Millionen auf den Philippinen verwandt werden sollen.

Der Schah leistete gestern den Eid auf die Verfassung.

Die Realpolitik des Friedens.

Angeichts des großartigen und herzlichsten Empfanges, den das deutsche Kaiserpaar soeben in England seitens des englischen Königspaares, der Minister, der Generale und Admirale und der Millionen Vertreter des englischen Volkes gefunden hat, sucht die öffentliche Meinung in Deutschland wie in England ein recht klares Bild über die Beziehungen Deutschlands und Englands zu finden. Wenn es nun richtig ist, daß man in der rauhen Welt der Wirklichkeit die politischen Beziehungen und Interessen zweier Länder nicht allein nach den persönlichen Beziehungen ihrer Herrscher beurteilen darf, so darf man doch wohl auch sagen, daß bei der hohen Stellung und dem großen Einflusse, den der König von England und der Kaiser von Deutschland auf dem politischen Gebiete ausüben, deren persönlich gute Stellung nur von günstiger Einwirkung auf das Verhältnis zwischen Deutschland und England sein kann. Die große Rede, welche der englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman englischen Brauche zufolge soeben in der Guildhall zu London über die Lage der inneren und äußeren Politik gehalten hat, entspricht ja nicht voll und ganz den deutschen Wünschen und Empfindungen inbezug auf eine Besserung unserer Beziehungen zu England, denn in der Rede des Ministerpräsidenten ist eine Stelle enthalten, welche darauf hinzudeuten scheint, daß Deutschland noch

lange nicht zu den Mächten gehört, mit denen England im Interesse des Friedens ein besonderes Einvernehmen getroffen hat. Aber der englische Ministerpräsident hat in seiner Rede doch ganz besonders betont, daß er im Namen eines Volkes spreche, welche keine Angriffspläne gegen seine Nachbarn hege, sondern mit ihnen im Frieden zu leben wünsche. Campbell-Bannerman hat auch ferner energisch hervorgehoben, daß es die englische Regierung ehrlich gemeint habe, wenn sie auf der Haager Friedenskonferenz den grenzenlosen Rüstungen, welche ein Krebs-schaden für die Entwicklung der allgemeinen Kultur zu werden drohten, hätte Einhalt tun wollen, und wir wollen diesen Ausführungen des leitenden englischen Ministers vollen Glauben schenken. Am wichtigsten bei dem Besuche des deutschen Kaisers in England scheint uns aber die Tatsache, daß die hervorragenden Zeitungen aller Parteien in England eine Lanze für die guten Beziehungen zwischen Deutschland und England brechen, und daß sie eine Realpolitik des Friedens als die wahre Politik des Königs Eduard feiern und loben. Es wird in den englischen Zeitungen ausgeführt, daß es ein ehrliches und vernünftiges Programm für die englische Politik sei, nicht nur den Frieden zu erhalten, sondern auch die Erhaltung des Friedens billiger durch die Einschränkung der Rüstungen zu gestalten. Daran habe jeder moderne Industriestaat ein großes Interesse, auch Deutschland. Sogar die wenig deutsch-freundlichen „Times“ schreiben, daß die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und England schließlich darauf beruhten, daß sich die Deutschen und Engländer besser kennen lernten, was ja schon vielfach erreicht sei. Und das Leitblatt der englischen Konservativen, der „Standart“ betont, daß an sich gar kein Hindernis bestehe, daß zwischen England und Deutschland ein ähnlicher Vertrag zum Abschlusse komme, wie zwischen England und einigen anderen Staaten, aber es sei das auch kaum notwendig, da tiefergehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und England überhaupt nicht beständen. Ohne überschwenglichen Hoffnungen und Lobpreisungen Ausdruck zu geben, kann man daher wohl wagen, daß der Besuch des deutschen Kaisers in England unter der freudigen Zustimmung des deutschen und englischen Volkes der Befestigung des Friedens diene.

Oertliches und Sächsisches.

Pulsnitz. Königl. Schöffengericht In der Sitzung vom 12. November hatte sich der Geschäftsführer Friedrich August Oswald hier wegen Uebertretung verkehrspolizeilicher Vorschriften zu verantworten. Er hatte trotz Warnung durch die Polizeibehörde wiederholt Lastgeschirre geleitet, die eine vorschriftsmäßige Namensbezeichnung nicht führten und war deshalb durch zwei Strafvorfälle des hiesigen Stadtrats mit je 5 Mk. Geldstrafe belegt worden. Hiergegen hatte er Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Auch das Schöffengericht gelangte zur Verurteilung Oswalds, und zwar in Höhe von 10 Mk. Geldstrafe oder zwei Tagen Haft. — Der in Bautzen geborene, vielfach vorbestrafte „Arbeiter“ Karl August Hundrad war am 7. d. Ms., wie schon oft vorher, wieder beim Betteln betroffen worden. Das Schöffengericht verurteilte den arbeitscheuen Menschen zu vier Wochen Haft.

Eine Probealarmierung von Unfallhilfs-lagen der Sächsischen Staatsbahnverwaltung erfolgte Donnerstag Abend in der 10. Stunde von Bahnhof St. Egidien aus, wohin sich der Generaldirektor der Staatsbahnen Herr von Kirchbach mit zwei Mitgliedern der Generaldirektion und deren Vertrauensarzt, Herrn Medizinalrat Dr. Gilbert, begeben hatte. Der Uebung lag folgende Annahme zugrunde: Der Personenzug 1016, der 8 Uhr 44 Minuten abends von St. Egidien abfährt, ist bei Station 1060 D. W. (zwischen St. Egidien und Glauchau) entgleist, dabei sind acht Personen erheblich verletzt, die Lokomotive und vier Wagen beschädigt und

das Gleis von St. Egidien nach Glauchau gesperrt. Angesichts der Schwere des Unfalls sind zwei Hilfszüge erforderlich. Wenige Minuten nach Beginn der Uebung waren der in St. Egidien wohnhafte Bahnarzt, sowie die verfügbaren Bediensteten des Bahnhofs und der Bahnmeisterei zur Stelle. Nach Verlauf von etwa 1 1/4 Stunden traf der in Chemnitz stationierte Hilfszug vorschriftsmäßig besetzt mit den Vorständen der beteiligten Dienststellen und 16 Arbeitern und kurz darauf auch der von Zwickau herbeigerufene Hilfszug mit dem Vorstand der Bauinspektion Glauchau, einem Arzt und acht Werkstättenarbeitern an der Unfallstelle ein. Beide Hilfszüge bestanden je aus Lokomotive, Arztwagen, Werkzeugwagen und einem Personenwagen. Von den Werkzeugwagen, die mit Fernsprechern ausgerüstet sind, wurde der Anschluß an die am Telephongehänge angebrachten Streckenfernprech-Leitungen hergestellt, auch wurden die in den Werkzeugwagen mitgeführten Beleuchtungsapparate in Tätigkeit gesetzt und auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Sodann wurden unter Leitung des Herrn Medizinalrats Dr. Gilbert besondere Uebungen an den Arztwagen vorgenommen, wobei namentlich die im Samariterdienste ausgebildeten Arbeiter Gelegenheit fanden, Proben ihres Könnens abzulegen. Herr Generaldirektor von Kirchbach besprach sodann die Uebung im einzelnen, worauf die Hilfszüge gegen 12 Uhr nachts nach ihren Stationsorten zurückkehrten.

Sachsen und die Tabaksteuer. Aus Dresden wird den „Leipz. N. Nachr.“ geschrieben: Wir erfahren aus den Kreisen der sächsischen Tabakindustrie, daß die sächsische Regierung im Prinzip nicht gegen eine stärkere Belastung des Tabaks und auch nicht gegen eine Banderolensteuer auf Zigarren ist, und zwar unter Berücksichtigung der Finanznot des Reiches.

Wie „rentabel“ jetzt Zeitungs-Unternehmungen sind, wird deutlich dadurch bewiesen, daß nach dem dem sächsischen Landtage zugegangenen Etat für 1908/09 das offizielle Regierungsorgan „Dresdner Journal“ trotz wesentlicher Zunahme der Inserate und trotz erhöhten Inseraten- und Bezugspreises einen Zuschuß von 16 988 Mark erfordert. Das wird mit der Erhöhung der Kosten für die Herstellung des Blattes, sowie mit der Einführung des neuen deutschen Buchdrucker-Lohnsatzes begründet.

Das Stutzen der Pferdebescheide soll amtlicherseits abgeschafft werden. Auf eine Eingabe wurde mitgeteilt, daß zwischen den zuständigen Ministerien in Preußen Verhandlungen schweben, um die Unsitte zunächst bei den Dienstpferden zu beseitigen.

12. Völkerschlachtdenkmal-Lotterie. Am 1. Ziehungstage wurden an größeren Gewinnen gezogen: (Ohne Gewähr.) Mit 500 Mk. Nr. 105108; mit 300 Mk. Nr. 149226 und 150011; mit 200 Mk. Nr. 21049, 44782, 80127 und 102546; mit 100 Mk. 9175, 11755, 120005, 151989, 152258 und 172247. — Am 2. Ziehungstage wurden an größeren Gewinnen gezogen: 14149 mit 10000 Mk.; Nr. 172554 mit 1000 Mk.; Nr. 112695 mit 500 Mk.; Nr. 28544, 72327, 120049, 163455 und 197863 mit 200 Mk.; Nr. 29549, 34393, 50526, 65032, 87614, 119284 und 131052 mit 100 Mk.

Am 1. Januar 1908 tritt für das Königreich Sachsen eine neue Verordnung über den Radfahrverkehr in Kraft, nach der jedes Fahrrad mit einer sicher wirkenden Hemmvorrichtung, helltönenden Glocke und hellblühender Laterne versehen sein muß. Verboten ist der Gebrauch von Signalpfeifen, Sirenen und beständig tönenden Glocken. Auch die Radlaufglocke ist untersagt.

Das A-brufen in den Warte-sälen soll voraussichtlich vom 1. Januar ab in ganz Preußen aufhören; man wird Signalkästen mit elektrischem Betrieb einführen. Auf einem Kasten wird jeder fällige Zug und der betreffende Bahnsteig in großer Schrift zu lesen sein. Ist der Zug abgefahren, so fällt die Aufschrift.

Zur Reform der Landeslotterie veröffentlichten die „L. N. N.“ einige Stimmen aus dem Publikum, woraus zu entnehmen ist, daß man im allgemeinen die Prämie von 300 000 Mark auf 100 000 Mark herabgesetzt wissen will. Die übrigen 200 000 Mark sollen in kleinere Gewinne zerlegt werden. Eine andere Meinung geht dahin: Die 300 000 Mark-Prämie teile man in drei 100 000 Mark-Prämien und lasse in den letzten drei Ziehungstagen je 100 000 Mark auf die zuletzt ge-

